

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Der Verein

Aktion Würde und Gerechtigkeit e.V.

hat ein Unterstützungsangebot für aus Südosteuropa Zugewanderte.

Im Rahmen des gleichlautenden Förderprogramms sollen folgende Handlungsansätze berücksichtigt werden:

1. Auf kommunaler Ebene

- Sensibilisierung und Abbau von Vorurteilen der Aufnahmegesellschaft, Antidiskriminierungsarbeit, insbesondere Bekämpfung von Antiziganismus bzw. Antiromaismus, auch in den Strukturen der öffentlichen Verwaltung
- Förderung von sozialräumlich orientierten Projekten und Aktivitäten, die den sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft, Konfliktmanagement und Mediation fördern
- Entwicklung von alters- und geschlechtsspezifischen Angeboten, um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bei der Lebensplanung zu unterstützen
- Unterstützung bei der Entwicklung von Lösungsansätzen für das Problemfeld „ausbeuterische Strukturen“
- Qualifizierung von Personen aus der Community für den Einsatz in Arbeitsfeldern der sozialen Arbeit, um ihnen eine auskömmliche tarifgebundene Beschäftigung zu ermöglichen.

2. Für die Zielgruppe

- Unterstützung der Neuzugewanderten bei der Orientierung in der Kommune, insbesondere durch Informationen über öffentliche und private Angebote und Ansprechpersonen sowie Heranführung der Zielgruppe an bestehende Regelangebote – auch im Gesundheitsbereich
- Verbesserung des allgemeinen Bildungsniveaus und der Arbeitsmarktperspektiven, auch über die Hinführung zu Sprachkursen

- Verbesserung der Teilhabe am Wohnungsmarkt
- Stärkung von Selbstorganisation und Selbsthilfepotenzialen
- Vermittlung von Wissen über Politik und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen

3. Besonderen Wert legt die Landesregierung auf:

- Die verbindliche Mitwirkung im landesweiten Netzwerk der Kommunen, die mit der Thematik befasst sind
- den Einbezug von Personen aus der Zielgruppe in die Planung von Angeboten und die Durchführung von Maßnahmen
- die konkrete Planung und schlüssige Darlegung der Überführung der etablierten Angebote in das Regelsystem, z.B. über das Kommunale Integrationsmanagement (KIM)
- Maßnahmen zum Abbau von Antiziganismus bzw. Antiromaismus in der öffentlichen Verwaltung

Mit den im Antrag beschriebenen Maßnahmen sollen folgende Ziele (unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Handlungsansätze) erreicht werden:

1. Verbindliche Mitwirkung in dem landesweiten Netzwerk der Kommunen, die mit der Thematik befasst sind; Information und Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen.
2. Einbezug von Vertretern der Zielgruppe oder Community in die Planung von Angeboten und Durchführung von Maßnahmen.
3. Ansätze zur Überführung von Maßnahmen in die Regelstruktur.
4. Maßnahmen zum Abbau von Antiziganismus bzw. Antiromaismus in der öffentlichen Verwaltung.



**AKTION
WÜRDE & GERECHTIGKEIT**